



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Der Nordbund und die Südstaaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gemeinde durch künftige Verarmung vorzubeugen, von ihm eine bei der Gemeindecasse zu deponirende Caution von 200 Thlr. zu verlangen.

Unter diesen Umständen muß der arme Teufel natürlich Hauskauf und Heirath aufgeben, denn so bedeutende Summen kann er nicht entbehren.

Der einzige Ausweg der Rettung ist noch, wie es auch meistens geschieht, daß er an das Mitleid der preussischen Commune appellirt, die dann, nicht ebenso engherzig in jedem Menschen einen Armenhauscandidateu sehend, auf ihre Gefahr hin gegen die unsittlichen Folgen der menschenfeindlichen Geseze eines Nachbarstaates durch Vermittelung der Naturalisation Remedur eintreten läßt.

Wird auch nicht immer eine besondere Caution verlangt, so kommt es, man möchte sagen, täglich vor, daß entweder durch directes Versagen der Communen oder durch die für die Aufnahme der Braut und die Heirathserlaubnis zu zahlenden Bürgerrechts- oder sonst benannten Gelder die Verheirathung von Angehörigen solcher Staaten mit Ausländerinnen im Auslande unmöglich gemacht wird.

Und doch haben wir ein allgemeines Indigenat und ein Freizügigkeitsgesez!

Es wäre sehr zu wünschen, daß auf bundesgesezlichem Wege dieser Verkümmernng des allen freien Menschen zustehenden sittlichen Rechts, sich eine Familie zu gründen, ein Ende gemacht würde.

Der Nordbund und die Südstaaten.

Neben der Sorge um die Nothleidenden liegen dem deutschen Volk jetzt zumeist die Ereignisse am Herzen, welche dem ersten Zollparlament voraushen. Das Schmerzvollste derselben war der Tod des badischen Staatsministers Mathy, welcher seit dem Juli 1866 die politische Haltung Badens durch die souveräne Sicherheit einer ungewöhnlichen Menschenkraft bestimmt hat. Der Patriotismus des Großherzogs hat durch die Wahl seiner Nachfolger, durch das Ministerium Joly, ein edles Zeugniß abgelegt, daß Baden der Politik des Anschlusses treu bleiben wird. Ein zweiter Incidenzpunkt war der Ausfall der bairischen Wahlen zum Zollparlament; sie stellen die innern Gegensätze dieses Staates und die gegenwärtige Stimmung seiner Einwohner auch durch das Zahlenverhältniß dar. Die kleinere Hälfte der Abgeordneten, meist von fränkischen Städten gewählt, ist mehr oder weniger bundesfreundlich,

die größere repräsentirt weniger den Ultramontanismus, sehr deutlich das gleichgiltige, unpolitische und dem Norden abgeneigte bavarische Selbstgefühl.

Es ist die dritte der neuen Bildungen Deutschlands, welche fast zwei Jahre nach der Krisis von 1866 ihre parlamentarische Wirksamkeit beginnen soll, und wir haben Zeit genug gehabt zu erkennen, daß die Schwierigkeit, einen neuen Staatsbau deutscher Einheit aufzuführen, durch die Dreizahl der nöthiggewordenen neuen Organisationen wesentlich vermehrt wird. Das vergrößerte Preußen, der Nordbund, der neue Zollverein sollen nebeneinander eingeordnet werden, nach allen Richtungen gehen die wichtigsten Acte der Gesetzgebung, auf jedem der drei Gebiete andere Parteilenschaften und andere divergirende Interessen. Kein Wunder, wenn unter solchen Stürmen alte und neue Parteien auf einzelne Tage in innere Verüstörung gerathen. Ähnliche Unsicherheit würde ihnen in keinem Staate der Welt, nicht in England, nicht in Amerika erspart bleiben, und wir sind nicht der Ansicht, daß man solche unvermeidliche Parteierschütterungen als ein Symptom politischer Jugend betrachten darf. Vor allem halten wir die Ueberzeugung fest, daß die große nationale Partei, deren Bildung zu den größten Erfolgen des Jahres 1867 gehört, ihren Zusammenhang und Einfluß in den vorstehenden Kämpfen für die Einheit des Vaterlandes einmüthig und entschlossen in die Waagschale legen wird.

Die schwierigste Frage ist für uns der Eintritt der Südstaaten in den Nordbund. Wenn die Regierungen und Völker des Nordbundes die Antwort darauf nur von den Gründen der Zweckmäßigkeit, welche ihnen die innere Organisation des Nordbunds angibt, herleiten dürften, so müßte ihnen als bequem und vortheilhaft erscheinen, den Eintritt der Südstaaten einer spätern Zeit vorzubehalten. Und es ist begreiflich, wenn auch die Besten und Entschlossensten mit Besorgniß an eine neue Steigerung der Schwierigkeiten in der Gesetzgebung denken, an neue unberechenbare Fluctuationen der Parteien und an mögliche Verwickelungen mit dem Auslande.

Aber der Eintritt der Südstaaten ist auf der andern Seite eine Forderung des höchsten nationalen Interesses, eines Interesses, welches fast mit jeder Woche zwingender wird. Es ist zunächst ein Irthum, daß die Zeit allein und die ruhige Verkehrsarbeit des Friedens den Süden ohne große Erschütterungen mit dem Norden vereinigen werde. Die Verkehrsinteressen haben unter dem alten Zollverein fast 40 Jahre ihre Fäden gezogen, jene Gebiete sind in Handel und Industrie eng mit dem Norden verbunden und doch hat das Jahr 1866 den politischen Zusammenhang nicht befestigt, sondern gelockert. Seitdem sind die Südstaaten, was sie bis jetzt nie waren, europäische Souveränitäten geworden, mit einer eigenthümlichen dynastischen Politik, drei von ihnen Gegenstand der zärtlichsten Theilnahme und Am-

werbung Frankreichs und Oestreichs. Ihre Regierungen sind sich bewußt, daß ihre eigene Unabhängigkeit ein großes Interesse des Auslandes geworden ist, sie beginnen sich sicher zu fühlen und finden das isolirte Leben, welches unter dem Schutze der drei großen Nachbarmächte steht, bequem und für ihr Selbstgefühl wohlthuend. Käme ihnen der unwahrscheinliche Fall eines Krieges durch ihre selbständige Politik und würden sie von Oestreich oder Frankreich bedroht, so müßte der Nordbund sie schützen. Käme der Nordbund in Krieg, so würden sie ihre Bundespflicht grade so erfüllen, wie 1866 die Verträge gegen Oestreich, unvollständig und unwirksam, gleichviel ob aus Abneigung oder aus Schwäche. Erst zwei Jahre sind vergangen, seit sie zu dem Bündniß mit dem Nordbund veranlaßt wurden und selbst in dieser Zeit hat die diplomatische Gewandtheit des Grafen Bismarck nicht verhindern können, daß ihre Regierungen innerlich dem Nordbund mehr und mehr entfremdet wurden. In Darmstadt ist der Einfluß des französischen Gesandten übermächtig, in Stuttgart erscheint die oscillirende Politik des Herrn von Wambüler noch der beste Verbündete Preußens und in Baiern ist von unberechenbaren Zufällen abhängig, ob die unsichere Stellung des Ministeriums Hohenlohe sich durch die nächsten Monate behaupten wird.

Dazu kommt eine andere Gefahr. Wir stehen in Wahrheit mitten in einer Revolution, der größten vielleicht, welche unserer Nation durch ein gnadenvolles Geschick bestimmt ist, einer nicht weniger gewaltigen, weil sie in Acten der Gesetzgebung und in fortwährenden Compromissen zwischen Volkswillen und Regierungen sich vollzieht. In solcher Zeit ist mehr, als in jeder anderen, die patriotische Wärme und Steigerung des nationalen Selbstgefühls den leitenden Reformatoren als mitschaffende Kraft unentbehrlich. Was die Besten und Großsinnigsten seit zwei Generationen geträumt, ersehnt, gefordert, das ist jetzt in greifbare Nähe gerückt. Diesen Aufschwung öffentlicher Meinung, die frohe begeisternde Empfindung wachsender Macht unter den Deutschen kann die preussische Regierung fortan nicht entbehren. Innere Dissonanzen, jede Kränkung privater und lokaler Interessen muß durch den Schwung bewältigt werden, welchen die deutschen Angelegenheiten behalten, und nur als Vertreter der höchsten nationalen Interessen Deutschlands vermag die Bundesregierung ihre hohe Stellung zu behaupten, in den Herzen der Deutschen, wie vor dem Auslande.

Jetzt aber gewinnt die zweifelnde Empfindung Raum, daß der große Fortschritt des Jahres 1866 doch durch ein schweres Opfer erkauft sei, durch die Isolirung des Südens, die trotz Zollverein und Waffenbündniß unleugbar herbeigeführt ist. Nicht nur die Gegner murmeln, daß der Bund doch nicht das ganze Deutschland sei, auch im Nordbund selbst ist der Gedanke nicht zurückzuhalten, daß alles, was neu geschaffen wird, seine Sicherheit erst

erhalte, wenn die Compromisse mit den Südstaaten vollzogen sind, und daß ihr Anschluß um so schwieriger werde, je weiter die speciell norddeutsche Gesetzgebung im neuen Staat sich entwickelt.

Und daran schließt sich noch eine andere Erwägung. Wir leben in der Revolution und wir stehen noch unter dem Eindruck der erschütternden Ereignisse, welche vor zwei Jahren das Bestehende gebrochen haben. Noch erscheint, was jetzt geschehen kann, als nothwendige und kaum zu verhindernde Folge einer gewaltigen Krisis. Aber die Zeit schwächt diese Empfindung; der Ruhm der preussischen Waffenthaten von 1866 wird bleiben, das politische Gewicht derselben wird mit jedem Jahr geringer. Es liegt in der Natur der Menschen und Staaten, daß das Bestehende Berechtigung und die conservativen Interessen für sich gewinnt. Noch gilt die Verbindung der Südstaaten mit dem Norden den widerwilligen Großmächten Europas, ja sogar den Regierungen und Bürgern im Süden, für eine doch bevorstehende Folge der nächstvergangenen Katastrophe; in Jahr und Tag wird diese Ueberzeugung schwächer geworden sein, die süße Gewohnheit des unfertigen Daseins wird ihre alte Berechtigung wiedergewinnen, die Deutschen werden in die alte leidige Gemüthlichkeit zurückfallen, das Ausland seine Interessen im deutschen Süden befestigt finden. Und in irgend einer künftigen Katastrophe wird die weitergreifende Forderung des Nordbundes und der nationalen Wünsche einen neuen Kampf mit der conservativen Stimmung der Staaten und Völker zu übernehmen haben. Wieder würden die Preußen und Deutschen als Friedensstörer und Eroberungsüchtige angeklagt werden und unter schwereren Kämpfen würde der neue große Fortschritt durchgesetzt werden müssen. Darum gilt es, solange die Massen noch einigermaßen flüchtig sind, das Entscheidende zu thun, im Nothfall zu wagen.

Zumal gegenüber dem Auslande. Was zu verhindern im Jahre 1867 dem Kaiser Napoleon ohne tödtliche Gefahr für ihn selbst unmöglich war, was im Jahr 1868 vielleicht noch eine Lebensfrage für ihn ist, das wird, je weiter die Heeresorganisation in Frankreich fortschreitet, je mehr die Verhältnisse Oestreichs sich befestigen, um so schwieriger. Noch im vorigen Jahre schien bei einer Ausdehnung des Bundes über ganz Deutschland ernste Einmischung des Auslandes nicht zu befürchten, jetzt betont sogar Oestreich, daß seine Connivenz gegen den Bund nicht weiter reiche, als bis zur Mainlinie. Selbstverständlich werden diese Präntensionen mit jedem Jahre wachsen, es ist möglich, daß sie schon jetzt der diplomatischen Kunst die schwerste Aufgabe stellen. Wir haben, so steht zu befürchten, nach dieser Richtung nicht gewonnen, sondern verloren. Und jeder Blick auf die übrigen Großstaaten läßt erkennen, daß diese Schwierigkeiten durch neue bevorstehende vergrößert werden müssen. Es wird dem Nordbunde unmöglich sein, das alte Einvernehmen

Preußens mit Rußland zu bewahren. Die Annäherung der panslavistischen Partei, die ungünstige Revision des russischen Zolltarifs und die Aufhebung des Zollcartells müssen der Anfang einer Entfremdung werden, welche trotz aller entgegenstehenden Wünsche der Regierenden in naher Zukunft unvermeidlich droht, und eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland anbahnt, die bisher nicht durch widerstreitende Interessen der Staaten, sondern nur durch die polnischen Erinnerungen aufgehalten wurde. Oestreich aber kann ein Bundesgenosß des Nordbundes erst dann werden, wenn die Südstaaten Mitglieder des Bundes sind, vorher würde der Preis, welchen Preußen für ein solches Bündniß zu zahlen hätte, einer Zerstörung Deutschlands gleichkommen.

Ist aber die Sachlage so, wie sie hier dargestellt wurde, und entsprechen die Schlüsse für die Zukunft einer verständigen Wahrscheinlichkeitsrechnung, so folgt daraus, daß die Bundesregierung und jede patriotische Partei den möglichst schnellen Eintritt der Südstaaten in den Bund als einen Fortschritt betrachten muß, welcher der größten Opfer werth ist. Denn wie diese Staaten jetzt dahin leben, sind sie eine unablässige Sorge, ein Heerd fremder Intriguen und sie werden in nächster Zeit eine starke Demüthigung des deutschen Selbstgefühls werden. Wir haben ihnen gegenüber alle Pflichten und Gefahren, wir haben nicht die entsprechenden Leistungen, sie nicht die großen Rechte. Und wir stehen jetzt vor der neuen Gefahr, daß Deutschland in Wirklichkeit zerrissen wird, und haben uns zu hüten, daß das große Werk, welches 1866 begann, nicht durch solche Folgen verdorben werde.

Aber was können wir thun, wenn sie selbst nicht wollen? Denn das freilich ist klar, diese Sache kann nicht durch die Regierungen allein oder zuvörderst gemacht werden und nicht durch herausfordernde Initiative der Bundesregierung, sondern vor allem durch den Volkswillen, in erster Linie durch die Bevölkerung der Südstaaten. Und zeigen die bairischen Wahlen nicht, wie ungefüge unsere Nachbarn im Süden für den Eintritt sind?

Wir lesen, daß man zu Berlin den Eintritt zumeist durch Baiern erwarte und die Aufnahme Badens für gefährlich halte, weil sie die Schwaben und Baiern in fremdes Lager treiben könne. Aber wenn wir warten wollen, bis die Majorität des bairischen Volkes zuerst bei uns den Eintritt fordert, dann steht zu besorgen, daß die Vereinigung der deutschen Stämme nicht eher erfolgen wird, als bis der Stuhl St. Peters auf den sieben Hügeln verfallen sein wird und die ultramontane Partei Kant und Hegel unter ihre Heiligen rechnet.

Unsere Pflicht gegen die Deutschen außerhalb des Bundes, und unser nationales Recht, den deutschen Staat unabhängig vom Ausland zu gestalten, schreiben uns sehr deutlich vor, was uns obliegt. Wir haben freudig und mit offenen Armen den deutschen Staat aufzunehmen, dessen Volksvertreter

im Einverständniß mit ihrer Regierung für sich den Eintritt begehren. Und wenn die Badenser ihn fordern, so hoffen wir, sie werden den Bund sehr bereit finden. Denn dies ist eine Angelegenheit vor allem der Ehre und dann erst der Klugheit. Aber auch die beste Klugheit leitet, so scheint uns, zu demselben Ergebnis. Auf Baden würde Hessen folgen und diesem zögernd Württemberg. In Baiern aber mag nach solchem Vorgange ein heftiger innerer Conflict entbrennen zwischen Franken und Oberbaiern. Wir können dann das Resultat getrost abwarten.

Daß die Bundesregierung alles vermieden hat, was wie ein Werben oder eine Beförderung des Eintrittes erscheinen könnte, das wird ihr Anklitz gegen die düstern Mienen in Paris und der Hofburg zuversichtlich machen. Welcher Fremde magt ein Volk und einen Staat zu verhindern, nach eigenem freien Ermessen politischen Anschluß an seine Landsleute zu wählen? — Könnte dies aber in Deutschland der Fall sein, dann wäre unsere politische Lage in der That so demüthigend und unfertig, daß wir den höchsten Preis zahlen müßten, um uns aus ihr zu erheben.

Wer außerhalb der Geschäfte steht, dem fehlt jede Kenntniß des momentanen Bildes, welches sich in dem Geiste des Staatsmannes aus täglich wechselndem Detail zusammenfügt. Aber er hat doch eine feste Richtung für sein Urtheil, die auch der Politiker, welcher mitten in Geschäften steht, nicht gering achten darf. Denn was jetzt der Deutsche ausspricht, das sind die einfachen und alten nationalen Forderungen, dieselben Gedanken und Gefühle, welche Millionen das Herz erheben, das Urtheil bestimmen und den Willen richten, die Gebote unseres Rechts und deutscher Ehre.

♀

Austernzucht in England.

In England werden zweierlei Sorten von Austern unterschieden, die Natives und die gemeinen oder Canalaustern. Letztere sind bedeutend größer als die ersteren; es gehen ihrer nur vier- bis neunhundert auf ein Buschel, das fünfzehn- bis neunzehnhundert Natives faßt. Aber die Natives sind bei weitem beliebter, sodaß sie gewogen acht- oder zehnmal, gezählt dreimal soviel kosten, wie die gewöhnliche Sorte. Ein früherer Militärarzt, der sich neuerdings dem Studium der Austern gänzlich gewidmet hat, Frank Buckland, ist darauf verfallen, den Werth der verschiedenen Arten nach dem Verhältniß zwischen dem Gewicht ihres Fleisches und dem Gewicht ihrer Schale abzustufen; er fand, daß das Fleisch der Natives, derjenigen von Colchester und Whit-